

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 7.-10. März 2022 Straßburg

Krieg in der Ukraine: Debatte zur Bewertung der Lage und Flüchtlingskrise

Die Abgeordneten werden sich mit den Auswirkungen des Einmarsches Russlands in die Ukraine sowie mit dem Umgang mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen aus dem Land befassen.

4

Sanktionen und Aufklärung entscheidend im Kampf gegen ausländische Einmischung

Fehlende EU-Maßnahmen, Sanktionen und Sensibilisierung erleichtern böswilligen ausländischen Akteuren, Einfluss auf die Funktionsweise der Demokratie in der EU zu nehmen, so die Abgeordneten.

5

Aussprache anlässlich des Internationalen Frauentags (8. März)

Die ukrainische Schriftstellerin Oksana Zaboujko spricht am Dienstag vor den Abgeordneten, gefolgt von einer Debatte über den EU-Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter.

7

Konditionalitätsregelung zur Rechtsstaatlichkeit: Folgen des EuGH-Urteils

Verabschiedung einer Entschließung über die Entscheidung des EU-Gerichtshofs, den Antrag auf Nichtigerklärung der Konditionalitätsregelung zum Schutz des EU-Haushalts abzulehnen.

9

EU-weites Verbot von „goldenen Pässen“ und gemeinsame Regeln für „goldene Visa“

Die Abgeordneten fordern ein Verbot der Praxis, Staatsbürgerschaften im Gegenzug für Investitionen zu vergeben, und EU-weite Regeln für den Erwerb von Aufenthaltsrechten durch Investitionen.

10

EU-Wirtschaftsaufschwung sollte inklusiv sein und modernisieren

Die Abgeordneten fordern, dass Fairness und Modernisierung im Mittelpunkt des grünen Wandels und der wirtschaftlichen Erholung der EU stehen sollen.

Neue EU-Vorschriften für Batterien: Parlament nimmt Verhandlungsposition an

Das Parlament wird im Vorfeld der Verhandlungen mit den EU-Ländern über neue Maßnahmen für die Entwicklung, Herstellung und Entsorgung von Batterien debattieren und abstimmen.

14

Parlament will Schwerpunkte der EU-Umweltpolitik bis 2030 beschließen

Debatte und Abstimmung über das EU-Umweltprogramm bis 2030, das den Übergang der EU zu einer klimaneutralen, sauberen und kreislaforientierten Ökonomie des Wohlergehens beschleunigen soll.

16

Bekämpfung des strukturellen Rassismus

Die Politik in den Bereichen Kultur, Bildung, Medien und Sport muss angepasst werden, um den strukturellen Rassismus in der EU zu beseitigen.

17

EU soll hartes Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft in ganz Europa bekämpfen

Die Abgeordneten fordern eine Strategie zur Anerkennung der entscheidenden Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft und EU-weite rechtliche und administrative Mindeststandards.

19

Kreislaufwirtschaft: Debatte über künftige Textilstrategie der EU

Am Donnerstagmorgen werden die Abgeordneten mit der Kommission über die Notwendigkeit einer ehrgeizigen EU-Strategie für nachhaltige Textilien diskutieren.

20

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

21

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2022-03-07>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 7.-10. März 2022 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[EP Multimedia-Center](#)

[EP Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Bernhard SCHINWALD

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17211

📱 (+43) 660 373 7367

✉ bernhard.schinwald@europarl.europa.eu

Krieg in der Ukraine: Debatte zur Bewertung der Lage und Flüchtlingskrise

Die Abgeordneten werden sich mit den Auswirkungen des Einmarsches Russlands in die Ukraine sowie mit dem Umgang mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen aus dem Land befassen.

Am Dienstagnachmittag debattiert das Plenum mit Vertretern von Rat und Kommission über die Verschlechterung der Lage der Flüchtlinge als Folge des russischen Einmarsches. Nach Angaben des UNHCR haben [seit dem 24. Februar mehr als eine Million Menschen das Land verlassen](#), die meisten von ihnen auf dem Weg in die Nachbarländer. Die Europäische Kommission schlug am Mittwoch vor, die [Richtlinie über vorübergehenden Schutz zu aktivieren](#), um sicherzustellen, dass Ukrainer in der EU Schutz erhalten, einschließlich eines vorübergehenden Aufenthaltsrechts und des Zugangs zu Bildung und zum Arbeitsmarkt.

In einer weiteren Debatte am Mittwochmorgen, an der die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas teilnehmen wird, werden sich die Abgeordneten mit der Rolle der EU in einer sich wandelnden Welt und der Sicherheitslage in Europa nach der russischen Aggression und dem Einmarsch in der Ukraine befassen. Ministerpräsidentin Kallas und die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola werden nach der Debatte eine Pressekonferenz abhalten.

Diese Debatten folgen auf die [außerordentliche Plenarsitzung vom Dienstag, 1. März](#), an der Präsident Wolodymyr Selenskyj und der Präsident der Werchowna Rada (Parlament) der Ukraine Ruslan Stefantschuk teilnahmen. Das Parlament nahm eine [Entschließung](#) an, in der härtere Sanktionen gegen Russland und neue Bemühungen um den EU-Kandidatenstatus der Ukraine gefordert werden.

Debatten: Dienstag, 8. März und Mittwoch, 9. März

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission, mit anschließender Debatte

LINKS

Weitere Informationen

[Entschließung vom 1. März 2022 zu Russlands Aggression gegen die Ukraine](#)

[Wie die EU die Ukraine unterstützt](#)

[Multimedia-Center des EP: kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Sanktionen und Aufklärung entscheidend im Kampf gegen ausländische Einmischung

Fehlende EU-Maßnahmen, Sanktionen und Sensibilisierung erleichtern böartigen ausländischen Akteuren, Einfluss auf die Funktionsweise der Demokratie in der EU zu nehmen, so die Abgeordneten.

Der [Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation](#) (INGE), hat eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet, um die Möglichkeiten der EU zur Bekämpfung ausländischer Einmischung und Desinformation zu verbessern. Dazu gehören ein Sanktionssystem zur Bekämpfung ausländischer Einmischung und Desinformation, allgemeine Informationskampagnen zur Sensibilisierung für deren Gefahren und strengere Regeln für Social-Media-Plattformen, die als Mittel zur Einflussnahme aus dem Ausland dienen. Die Abgeordneten werden am Dienstag über die Empfehlungen diskutieren und am Mittwoch darüber abstimmen.

Die Abgeordneten schlagen vor, Medien und Faktenprüfer zu unterstützen, die Beziehungen zwischen bestimmten europäischen politischen Parteien und Russland zu klären und die Finanzierung nationaler Parteien aus Drittstaaten zu verbieten. Die Abgeordneten schlagen außerdem vor, die Anwerbung ehemaliger europäischer Spitzenpolitiker im Ausland zu erschweren, Spionagesoftware wie Pegasus zu verbieten und die europäische Cybersicherheit dringend zu verbessern.

Eine Pressekonferenz der Berichterstatterin Sandra Kalniete (EVP, LV) und des Ausschussvorsitzenden Raphaël Glucksmann (S&D, FR) ist für Dienstag, 14:30 Uhr, im Daphne-Caruana-Galizia-Pressokonferenzsaal in Straßburg geplant.

Hintergrund

Der [Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation](#) (INGE) wurde im Juni 2020 eingerichtet. Nach rund 50 Anhörungen mit etwa 130 Experten und der Abstimmung über den Entschließungsentwurf läuft das eineinhalbjährige Mandat des Ausschusses am 23. März aus.

Aussprache: Dienstag, 8. März

Abstimmung und Ergebnisse: Mittwoch, 9. März

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf](#)

[EP-Hintergrundinformationen](#)

[Pressemitteilung - "EU should build a sanctions regime against disinformation" \(25.01.2022, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Sandra Kalniete \(EVP, LV\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Freie Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Aussprache anlässlich des Internationalen Frauentags (8. März)

Die ukrainische Schriftstellerin Oksana Zaboujko spricht am Dienstag vor den Abgeordneten, gefolgt von einer Debatte über den EU-Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter.

Anlässlich des Internationalen Frauentags wird die polnische Schriftstellerin Oksana Zaboujko am Dienstagmittag zu den Abgeordneten sprechen. Danach ergreifen Redner der Fraktionen das Wort.

Am selben Tag debattieren die Abgeordneten über eine Entschließung zum dritten EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP III). Der Entwurf fordert eine stärkere Unterstützung und konkrete, zweckgebundene Finanzierung für geschlechtsspezifische Initiativen aus den für auswärtige Maßnahmen bestimmten EU-Mitteln. Die EU solle bei der Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte weltweit mit gutem Beispiel vorangehen, heißt es in dem Text, und die Mitgliedstaaten sollten auch im eigenen Land den allgemeinen Zugang zu diesen Rechten sicherstellen.

Ebenfalls am Dienstag werden die Abgeordneten die Frage der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung („*Gender Mainstreaming*“) im Europäischen Parlament und in der EU-Gesetzgebung diskutieren. In ihrem Entschließungsentwurf fordern die Abgeordneten eine bessere Zusammenarbeit zwischen allen EU-Institutionen bei der Einbeziehung der Geschlechterperspektive in verschiedene Politikbereiche und Maßnahmen, um eine bessere Gleichstellung der Geschlechter in den Institutionen zu erreichen. Sie betonen auch die Bedeutung von geschlechterdifferenzierten Folgenabschätzungen bei der Ausarbeitung von Legislativvorschlägen und von geschlechtergerechten Bewertungen von Gesetzesinitiativen.

Beide Texte werden am Mittwoch zur Abstimmung gestellt. Die Ergebnisse werden am Donnerstagmorgen verkündet.

Ansprache: Dienstag, 8. März

Debatten: Dienstag, 8. März

Abstimmungen: Mittwoch, 9. März, Ergebnisse Donnerstag 10. März

Verfahren: Nichtlegislative Initiativen

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(GAP III\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Gender Mainstreaming\):](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss - "EU should make sexual and reproductive health and rights a priority in external action" \(26.01.2022, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatlerin \(GAP III\): Chrysoula Zacharopoulou \(Renew Europe, FR\)](#)

[Mitberichterstatlerin \(Gender Mainstreaming\): Irène Tolleret \(Renew Europe, FR\)](#)

[Mitberichterstatlerin \(Gender Mainstreaming\): Gwendoline Delbos-Corfield \(Grüne/EFA, FR\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien - Internationaler Frauentag 2022](#)

Konditionalitätsregelung zur Rechtsstaatlichkeit: Folgen des EuGH-Urteils

**Verabschiedung einer EntschlieÙung über die
Entscheidung des EU-Gerichtshofs, den Antrag auf
Nichtigerklärung der Konditionalitätsregelung zum Schutz
des EU-Haushalts abzulehnen.**

Weitere Informationen

[Pressemitteilung - „Rechtsstaatlichkeit: Abgeordnete fordern Kommission zum sofortigen Handeln auf“ \(16.02.2022\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien zum Thema Rechtsstaatlichkeits-Konditionalität](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

EU-weites Verbot von „goldenen Pässen“ und gemeinsame Regeln für „goldene Visa“

Die Abgeordneten fordern ein Verbot der Praxis, Staatsbürgerschaften im Gegenzug für Investitionen zu vergeben, und EU-weite Regeln für den Erwerb von Aufenthaltsrechten durch Investitionen.

Der Entwurf einer Gesetzesinitiative, über den die Abgeordneten am Dienstag abstimmen werden (Ergebnis Mittwochmorgen), besagt, dass Programme zum Erwerb einer Staatsbürgerschaft durch Drittstaatsangehörige im Gegenzug für Investitionen („goldene Pässe“) ethisch, rechtlich und wirtschaftlich verwerflich sind. Sie stellen ernsthafte Sicherheitsrisiken dar, untergraben den wesentlichen Kern der Unionsbürgerschaft und sollten verboten werden, heißt es in dem Textentwurf, in dem zudem steht, dass Drittländer, die visumfreien Zugang zur EU haben, ihre Regelungen für „goldene Pässe“ beenden sollten. Angesichts von Putins Angriff auf die Ukraine haben sich die Staats- und Regierungschefs, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, der USA sowie die Präsidentin der Europäischen Kommission am 25. Februar dazu [verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang wohlhabender Russen \(mit Verbindungen zur Regierung\) zu „goldenen Pässen“ zu beschränken.](#)

In dem Text wird auf die Risiken hingewiesen, die mit dem Erwerb von Aufenthaltsrechten für Ausländer im Gegenzug für Investitionen („goldene Visa“) verbunden sind. Es wird erwartet, dass die Abgeordneten die Kommission auffordern werden, einen Vorschlag für strenge EU-Vorschriften auszuarbeiten, die eine Abgabe auf Investitionen (mit Beiträgen zum EU-Haushalt), strenge Kontrollen und Anforderungen an die physische Anwesenheit sowie ein umfassendes Regelwerk für die Tätigkeit von Vermittlern beinhaltet.

Eine Pressekonferenz mit der Berichterstatterin [Sophie in 't Veld](#) (Renew, NL) findet am Mittwochmorgen nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses statt.

Aussprache: Montag, 7. März

Abstimmungsergebnisse: Mittwoch, 9. März

Verfahren: Gesetzesinitiative

Pressekonferenz: Mittwoch, 9. März, 9:30 Uhr

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(15.02.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Citizenship and residence by investment schemes" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Avenues for EU action on citizenship and residence by investment schemes - European Added Value Assessment" \(21.10.2021, auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Rechtsstaatlichkeit\)](#)

EU-Wirtschaftsaufschwung sollte inklusiv sein und modernisieren

Die Abgeordneten fordern, dass Fairness und Modernisierung im Mittelpunkt des grünen Wandels und der wirtschaftlichen Erholung der EU stehen sollen.

Das Parlament wird am Mittwochmorgen über die Schwerpunkte für das diesjährige „Europäische Semester“, den Mechanismus der EU zur Überwachung und Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten, debattieren und abstimmen. Die Abgeordneten werden zwei Entschlüsse verabschieden: Einerseits über die wirtschaftlichen Prioritäten und andererseits über die beschäftigungs- und sozialpolitischen Schwerpunkte.

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten die EU-Länder auffordern, ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik besser zu koordinieren und die Möglichkeiten des EU-Aufbauplans zur Modernisierung ihrer Volkswirtschaften zu nutzen. Die Abgeordneten wollen sich auch für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der EU einsetzen, einschließlich der vollständigen Umsetzung der [Europäischen Garantie für Kinder](#) und der raschen Verabschiedung der [Richtlinie über angemessene Mindestlöhne](#), um die Erwerbstätigenarmut zu beseitigen. Die Abgeordneten werden voraussichtlich auch fordern, dass sich das Europäische Semester auf soziale Schwerpunkte, Bildung und Kompetenzen sowie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit konzentrieren sollte.

Die Debatte findet am Mittwochmorgen statt, die Abstimmung am Donnerstag.

Aussprache: Mittwoch, 9. März

Abstimmung: Donnerstag, 10. März

Verfahren: Nichtlegislative Entschlüsse

Weitere Informationen

Merkblatt zu den Verfahrensschritten - „Europäisches Semester: Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2022“

Berichterstatterin Irene Tinagli (S&D, IT)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten - „Europäisches Semester: Beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte im Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2022“

Berichterstatter Helmut Geuking (EVP, DE)

Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte

Pressemitteilung - „Zugang zu angemessenem Wohnraum sollte europäisches Grundrecht sein“ (21.01.2021)

Pressemitteilung - „MEPs lay out their economic priorities for 2022“ (01/03/2022, auf Englisch)

EP-Hintergrundinformationen - “Introduction to the European Semester: Coordinating and monitoring economic and fiscal policies in the EU” (auf Englisch)

Pressemitteilung - “European Semester: EMPL MEPs push for sustainable and inclusive recovery” (auf Englisch)

EP-Hintergrundinformationen - “The right to disconnect” (auf Englisch)

Europäische Plattform zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit (Webseite auf Englisch)

Europäisches Semester, Zyklus 2022 (auf Englisch)

Kostenlose Fotos, Videos und Audiomaterial

Neue EU-Vorschriften für Batterien: Parlament nimmt Verhandlungsposition an

Das Parlament wird im Vorfeld der Verhandlungen mit den EU-Ländern über neue Maßnahmen für die Entwicklung, Herstellung und Entsorgung von Batterien debattieren und abstimmen.

Am 10. Februar hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) seine [Position](#) zu den vorgeschlagenen neuen Regeln für den gesamten Produktlebenszyklus von Batterien angenommen, vom Design bis zum Ende der Lebensdauer. Die Abgeordneten fordern strengere Nachhaltigkeits- und Leistungsanforderungen sowie strengere Ziele für die Abfallsammlung sowie die Effizienz des Recyclings und der Verwertung. Sie wollen auch, dass die Batterieindustrie international anerkannte Standards für die Sorgfaltspflicht in ihrer gesamten Wertschöpfungskette befolgt.

Die Berichterstatterin Simona Bonafè (S&D, IT) wird im Vorfeld der Debatte (Mittwoch) und der Abstimmung (Donnerstag) die Fragen der Journalisten zu den wichtigsten Aspekten des Dossiers beantworten. Die Pressekonferenz findet am Mittwoch, den 9. März, um 14:00 Uhr im Pressekonferenzraum Daphne Caruana Galizia in Straßburg statt. Medienvertreter können auch über [Interactio](#) teilnehmen oder die [Live-Übertragung im Internet](#) verfolgen.

Hintergrund

Im Dezember 2020 legte die Kommission einen [Vorschlag für eine Verordnung über Batterien und Altbatterien](#) vor. Der Vorschlag zielt darauf ab, das Funktionieren des Binnenmarktes zu stärken, eine Kreislaufwirtschaft zu fördern und die ökologischen und sozialen Auswirkungen von Batterien während ihres gesamten Lebenszyklus zu verringern. Die Initiative steht in engem Zusammenhang mit dem [europäischen Green Deal](#), dem [Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft](#) und der [neuen Industriestrategie](#).

Aussprache: Mittwoch, 9. März

Abstimmungsergebnisse: Donnerstag, 10. März

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Pressekonferenz mit der Berichterstatterin, Simona BONAFÈ (S&D, IT): Mittwoch, 9. März, 14:00 Uhr, Pressekonferenzraum Daphne Caruana Galizia, Straßburg

Weitere Informationen

[Pressemitteilung - "MEPs want to strengthen new EU rules for design, production and disposal of batteries" \(10.02.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Weitere Informationen zu Verfahren und Inhalt \(auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Simona BONAFÈ \(S&D, IT\)](#)

[Kostenlose Fotos, Videos und Audiomaterial - Kreislaufwirtschaft](#)

Parlament will Schwerpunkte der EU-Umweltpolitik bis 2030 beschließen

Debatte und Abstimmung über das EU-Umweltprogramm bis 2030, das den Übergang der EU zu einer klimaneutralen, sauberen und kreislauforientierten Ökonomie des Wohlergehens beschleunigen soll.

Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß eine im Dezember 2021 erzielte [Einigung zwischen Parlament und Rat über das achte Umweltaktionsprogramm](#) (UAP) der EU billigen, das die Umweltpolitik der EU bis 2030 steuern und mit dem [Europäischen Grünen Deal](#) in Einklang bringen soll.

Das achte UAP legt [sechs prioritäre thematische Ziele](#) für 2030 fest, darunter die Entwicklung einer „Wirtschaft des Wohlergehens“, in der alle Menschen im Rahmen der Grenzen unseres Planeten gut leben können. Es sieht auch die schrittweise Abschaffung fossiler Brennstoffe und anderer umweltschädlicher Subventionen durch die Schaffung eines verbindlichen Rahmens zur Überwachung der Fortschritte der Mitgliedstaaten und zur Berichterstattung darüber vor.

Hintergrund

Die Umweltaktionsprogramme der EU sind rechtsverbindliche Rahmenwerke, die die Entwicklung der EU-Umweltpolitik seit Anfang der 1970er Jahre bestimmen. Das siebte UAP ist Ende 2020 ausgelaufen. Das neue und achte UAP wird bis zum 31. Dezember 2030 laufen.

Aussprache: Mittwoch, 9. März

Abstimmung Mittwoch, Abstimmungsergebnisse: Donnerstag, 10. März

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(02.12.2021, auf Englisch\)](#)

[Weitere Informationen zu Verfahren und Inhalt \(auf Englisch\)](#)

[Vorschlag der Kommission](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Bekämpfung des strukturellen Rassismus

Die Politik in den Bereichen Kultur, Bildung, Medien und Sport muss angepasst werden, um den strukturellen Rassismus in der EU zu beseitigen.

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten in einer Entschließung, über die am Dienstag abgestimmt werden soll (Ergebnisse Mittwochmorgen), die EU-Mitgliedstaaten auffordern, die strukturellen Wurzeln von Rassismus und Diskriminierung in der EU anzugehen.

Der Textentwurf verurteilt die Praxis der rassistischen und ethnischen Trennung in Schulen, die in einigen EU-Ländern immer noch existiert, und fordert, dass Lehrkräfte, die rassistischen und ethnischen Minderheiten angehören, gleichberechtigten Zugang zu Lehrstellen erhalten.

Zu den weiteren vorgeschlagenen Maßnahmen gehört die Aufforderung an die Medien, keine stigmatisierende Rhetorik mehr zu verbreiten, die lediglich dazu dient, Angehörige bestimmter ethnischer oder rassistischer Gruppen zu entmenschlichen, sowie der Vorschlag, die Zahlung von Unionsmitteln und staatlicher Finanzierung für Medien einzustellen, die Hassrede und Fremdenfeindlichkeit fördern.

Der Textentwurf bringt auch seine Bestürzung darüber zum Ausdruck, dass derzeit nur 15 Mitgliedstaaten über nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Rassismus verfügen.

Hintergrund

Nach Angaben der [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte](#) (FRA) werden 45 % der Menschen mit nordafrikanischem Hintergrund, 41 % der Roma und 39 % der Menschen mit subsahara-afrikanischem Hintergrund aufgrund ihres ethnischen Hintergrunds oder ihres Migrationshintergrunds diskriminiert.

Der [Eurobarometer-Umfrage 2019](#) zufolge glauben mehr als die Hälfte aller Menschen in Europa, dass Rassendiskriminierung in ihrem Land weitverbreitet ist, wobei „Roma-Zugehörigkeit“ (61 % der Befragten), „ethnische Herkunft“ (59 %) und „Hautfarbe“ (59 %) von Unionsbürgerinnen und -bürgern als die drei Hauptgründe für Diskriminierung identifiziert wurden.

Debatte: Montag, 7. März

Abstimmung: Dienstag, 8. März, Ergebnis Mittwoch

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[Entwurf einer Entschließung über die Bedeutung von Kultur, Bildung, Medien und Sport für die Bekämpfung von Rassismus](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(08.02.2022, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Salima Yenbou \(Grüne/EFA, FR\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "The role of culture, education, media and sport in the fight against racism" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Research for CULT Committee - The role of culture, education, media and sport in the fight against racism - Background Analysis" \(Oktober 2021, auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

EU soll hartes Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft in ganz Europa bekämpfen

Die Abgeordneten fordern eine Strategie zur Anerkennung der entscheidenden Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft und EU-weite rechtliche und administrative Mindeststandards.

Der Textentwurf, der am Dienstag (Ergebnis am Mittwoch) zur Abstimmung steht, befasst sich mit dem harten Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft in Europa. Mehrere EU-Mitgliedsstaaten haben restriktive Gesetze eingeführt, eine Entwicklung, die sich im Zuge der Coronakrise nur noch beschleunigt hat. Die EU-Länder sind verpflichtet, ein günstiges Umfeld für Organisationen der Zivilgesellschaft zu schaffen, heißt es in dem Text, und er verurteilt Angriffe auf deren Vertreter. Der Text fordert außerdem eine transparente und diskriminierungsfreie Finanzierung und bekräftigt, dass Organisationen der Zivilgesellschaft nicht kriminalisiert werden dürfen, insbesondere solche, die sich mit Migration beschäftigen.

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten eine umfassende Strategie für die Zivilgesellschaft fordern, die die wichtige Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft anerkennt. Diese sollte gemeinsame Mindeststandards, ein Statut für länderübergreifende europäische Vereine und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Anlaufstellen für die Verbindung zwischen europäischen Institutionen und der Zivilgesellschaft umfassen. Die Abgeordneten werden auch die Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen an Organisationen der Zivilgesellschaft verurteilen und ihre Besorgnis über das Entstehen von staatlich organisierten nichtstaatlichen Organisationen zum Ausdruck bringen.

Aussprache: Montag, 7. März

Abstimmung: Dienstag, 8. März (Ergebnis Mittwoch, 9. März)

Verfahren: Nichtlegislative Initiative

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatlerin Anna Júlia Donáth \(Renew, HU\)](#)

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(15.02.2022, auf Englisch\)](#)

[EU-Agentur für Grundrechte: Schutz des zivilgesellschaftlichen Raums in der EU \(22.09.21\)](#)

[Europäische Kommission: Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021](#)

[Freie Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Rechtsstaatlichkeit\)](#)

Kreislaufwirtschaft: Debatte über künftige Textilstrategie der EU

Am Donnerstagmorgen werden die Abgeordneten mit der Kommission über die Notwendigkeit einer ehrgeizigen EU-Strategie für nachhaltige Textilien diskutieren.

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten den Kommissionsvertreter fragen werden, welche Maßnahmen vorgesehen sind, um die Textilindustrie nachhaltiger und wettbewerbsfähiger zu machen, indem die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft auf Produktion, die Erzeugnisse, Verbrauch, Abfallmanagement und Sekundärrohstoffe angewendet werden.

Es wird erwartet, dass die Kommission Ende März eine [neue Strategie](#) als Teil des Pakets zur Kreislaufwirtschaft vorlegen wird.

Hintergrund

In seiner [Antwort](#) auf den „[Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft](#)“ der EU-Kommission vom Februar 2021 unterstrich das Parlament die Bedeutung einer neuen umfassenden EU-Strategie für Textilien, um Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft sowie Rückverfolgbarkeit und Transparenz im Textil- und Bekleidungssektor der EU zu fördern und dabei den globalen Charakter der Wertschöpfungsketten und die Dimension der „Fast Fashion“ zu berücksichtigen. Die Abgeordneten forderten ein kohärentes Bündel von politischen Instrumenten und Unterstützung für neue Geschäftsmodelle, um Kleidung durch eine Kombination aus Ökodesign-Anforderungen, Herstellerverantwortung und Kennzeichnungssystemen haltbarer, wiederverwendbar und leichter recycelbar zu machen.

Aussprache: Donnerstag, 10. März

Verfahren: Erklärung der Kommission

Weitere Informationen

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Februar 2021 zu dem neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft](#)

[Pressemitteilung - „Kreislaufwirtschaft: Strengere EU-Regeln für Verbrauch und Recycling“ \(10.02.2021\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft“](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial zum Thema Kreislaufwirtschaft](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Abstimmung über die Einrichtung zweier Sonderausschüsse und eines Untersuchungsausschusses

Debatte über steigende Energiepreise und Marktmanipulation auf dem Gasmarkt

Kohäsionspolitik: Verringerung von Unterschieden bei der Gesundheitsversorgung und Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich - Bericht: Tomislav Sokol

Kohäsionspolitik: Förderung eines innovativen und intelligenten Wandels und der regionalen IKT-Konnektivität - Bericht: Cristina Maestre Martín De Almagro

Einbindung der Bürger: das Petitionsrecht, das Recht, sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden, und die Europäische Bürgerinitiative - Bericht: Marie-Pierre Vedrenne

Ein neuer strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für die Zeit nach 2020 - Bericht: Marianne Vind

Bericht über die Unionsbürgerschaft 2020 - Bericht: Yana Toom

Umsetzung der Kohäsionspolitik 2021–2027 - Anfrage zur mündlichen Beantwortung

Ein systematischer Ansatz der EU in Bezug auf chronische Nierenerkrankungen, Erklärung der EU-Kommission

Fairere und einfachere Besteuerung zur Unterstützung der Strategie für die Erholung nach der Pandemie (Folgemaßnahmen des EP zum Aktionsplan der Kommission vom Juli und ihren 25 Initiativen in den Bereichen MwSt., Unternehmensbesteuerung und Personenbesteuerung) - Bericht: Luděk Niedermayer

Ein Europäischer Rahmen für die Quellenbesteuerung - Bericht: Pedro Marques